

vpod
zürich

Pflichtlektion

Bildungsinitiative: Hürden abbauen!

Kostenlose Bildung im Kanton Zürich. Wo andere nur Mehrausgaben sehen, liegt eine grosse Chance für das Bildungswesen, die Karten gerechter zu verteilen.

Ein Schulzimmer, am ersten Schultag, mit 25 Jungen und Mädchen. Ihr Bildungsweg beginnt erst und wird noch Jahre dauern. Doch die Statistik weiss bereits, was aus ihnen wird: In Zollikon werden 11 von ihnen später die Matur machen, in Höri nur eine oder einer. Soziale Herkunft, die Finanzkraft der Eltern oder die Nationalität sind Faktoren, die wesentlich mitentscheiden, welchen Bildungsweg ein Kind in der Schweiz einschlägt, und einschlagen möchte. Nur gut 30 Prozent der SchülerInnen aus benachteiligtem Elternhaus mit sehr hohen Kompetenzen in Mathematik wollen nach dem 9. Schuljahr ins Gymnasium übertreten, von den SchülerInnen aus privilegiertem Elternhaus sind es hingegen über 70 Prozent. Wir kultivieren eine Ungleichheit der Chancen und brechen damit ein altes Versprechen: Im ersten Schulgesetz des Kantons Zürich von 1832 stand geschrieben: «Die Volksschule soll die Kinder aller Volksklassen nach übereinstimmenden Grundsätzen zu geistig tätigen, bürgerlich brauchbaren und sittlich guten Menschen bilden.»

Gemeinschaftliche Finanzierung

Die Bildungsinitiative fordert kostenlose Bildung. Keine Gebühren, keine versteckten Schulgelder. Mehrere Hundert Franken im Jahr für Schulbücher können die Eltern eines Gymischülers oder einer Berufsschülerin empfindlich treffen, hinzukommen Ausgaben für Exkursionen, sonstige Veranstaltungen oder Musikunterricht. Je länger der Bildungsweg, desto mehr spitzt sich das Problem zu: Über 700 Franken Studiengebühren, zwei Mal im Jahr, sind für eine Studierende an der Universität oder der Fachhochschule viel Geld. Der Kanton Zürich weist auch nach der Reform vom letzten Jahr eine verhältnismässig tiefe Stipendienquote auf, zudem müssen Stipendien regelmässig beantragt werden und sind daher von der Unsicherheit begleitet, ob sie tatsächlich gesprochen werden. Was anderswo gilt, stimmt auch für die Bildung: Die Kosten sollen solidarisch vom Gemeinwesen über die Steuern gestemmt werden. Die Mehrausgaben aufgrund der Bildungsinitiative würden sich auf gut 100 Millionen



Zeichnung von Ruedi Lambert

Franken belaufen. Für die Betroffenen alleine können sie aber eine echte Belastung sein, eine Hürde eben. Die Bildungsinitiative würde diese finanziellen Hürden abbauen – auch zukünftige. Die Erwägung Schulgelder auf Gymnasialstufe zu erheben, ist kein Tabu mehr, wie Regierungsrätin Silvia Steiner kürzlich gegenüber den Medien erklärte. Und wer weiss, wann die nächste Diskussion um eine Erhöhung der Studiengebühren folgen wird.

Ein JA ist eine Stimme für die Bildung!

Die Bildungsinitiative steht mit ihrer Forderung quer in der Landschaft, sagen Kritiker. Am 28. Februar kommt sie zur Abstimmung, zu einem Zeitpunkt, wo Bildungspolitik Sparpolitik bedeutet. Gerade jetzt aber wirkt die Bildungsinitiative wie ein Befreiungsschlag: Sie stellt eine grundlegende Forderung: Bildung für alle. Unabhängig vom Portemonnaie. Die Initiative gibt uns die Möglichkeit im Stimmcouvert die Sparpolitik auszuhebeln. Ein JA ist eine Stimme für die Bildung. ■

Text: **Ursula Näf**, Gewerkschaftssekretärin des VPOD Zürich Lehrberufe

Schluss mit der Sparschweinerei – au

Die Diskussion um das Abbaupaket im Bildungsbereich von rund 49 Millionen Franken ist geprägt von der Behauptung der Alternativlosigkeit. Dass gespart werden muss, darf jedoch nicht einfach als unumstösslicher Fakt angesehen werden.

Tatsächlich versammelte sich eine Gruppe von ein paar hundert Menschen zum inoffiziellen Abschluss des Tags der Bildung am 13. Januar 2016 auf dem Bürkliplatz, um lautstark gegen die Abbaumassnahmen im Bildungsbereich zu protestieren. Die DemonstrantInnen, vorwiegend SchülerInnen aus den Mittelschulen, fochten sich um die Absage der bewilligten Kundgebung und nahmen sich trotz der medialen Angstmacherei friedlich, aber bestimmt die Strasse. Zuhause blieben die weit mehr als 10 000 SchülerInnen, Studierenden und Lehrpersonen, die an der abgesagten, bewilligten Kundgebung erwartet wurden. Was blieb, waren die bunten, witzigen und kreativen Protestaktionen in den verschiedenen Schulhäusern: Es wurde demonstrativ in überfüllten Klassenzimmern unterrichtet, selbstgemachte Schleckstengel wurden an die Passanten verteilt und unzählige «Flashmobs» durchgeführt. Der fahle Nachgeschmack der abgesagten Kundgebung bleibt. Die Lehrpersonen hätten zweifellos Gründe genug, um auf die Strasse zu gehen.

«Die grosszügigen Steuergeschenke der letzten Jahre holen den Kanton nun ein.»

Drastische Einsparungen mit Folgen

Die Zahlen schockieren. Jährlich sollen 20 Millionen bei der Volksschule gestrichen werden, 18 Millionen bei den Mittelschulen und 11 Millionen bei der Berufsbildung. Dies entspricht drei bis fünf Prozent des jeweiligen Budgets. Welche Leistungen unter den Sparhammer fallen, ist noch offen. Wie die Bildungsdirektorin Silvia Steiner in den Medien verlauten liess, will sie zuerst die Verbände dazu einladen, eigene Sparvorschläge einzureichen und danach entscheiden, was sie «entsorgen» will. Tatsächlich bleibt in der Volksschule kein grosser Spielraum für Einsparungen, ohne dass eine Gesetzesänderung notwendig wäre. Klassengrösse, Löhne und Stundenzahl sollen laut Regierungsrätin Silvia Steiner (CVP) nicht angetastet werden. Zumindest noch nicht. In den Mittelschulen zeigt sich ein düsteres Bild. Wie immer von einem Abbau gefährdet sind die Freifächer. Also der Unterricht, den die SchülerInnen unabhängig vom Pflichtstoff, freiwillig und nach den eigenen Interessen, besuchen können. Diese Fächer sind nicht nur individuell wichtig, sondern auch gesellschaftlich relevant. Sie ermöglichen hochmotivierten Jugendlichen das Lernen von weiteren Fremdsprachen oder bieten Orchester, Theater, Sport und weitere Aktivitäten an. Eine Abschaffung dieser Fächer hätte zur Folge, dass ein solches Angebot nur noch für wenige bezahlbar ist und – wenn überhaupt – nur noch privat besucht



ch in Zürich

werden könnte. Auch andere unsoziale Massnahmen, welche dazu führen, dass die Bildungsmöglichkeiten noch stärker vom Portemonnaie der Eltern abhängig sind, gilt es zu verhindern. So etwa die Einführung von Schuldgeldern, die Regierungsrätin Steiner gegenüber den Medien in Erwägung gezogen hat.

Bei Einnahmen sparen, um bei Ausgaben zu kürzen?

Unabhängig davon, wo der Rotstift letzten Endes angesetzt wird, das Sparen nach vordefinierten Summen bleibt fragwürdig. Die Zürcher Regierung säumt das Pferd von hinten auf: Es wird nicht überprüft, ob und wo ohne Leistungseinbussen gespart werden kann. Was gestrichen werden muss, um den verlangten Sparbeitrag zu erreichen, muss eben gestrichen werden. Mit einer ergebnisoffenen Leistungsüberprüfung hat dies nichts zu tun. Natürlich tragen der bürgerliche Regierungs- und Kantonsrat die Schuld an der Sparmisere. Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) drängt mit seinem ersten Budget alle Direktionen zum Abbau. Insgesamt sollen 694 Millionen Franken jährlich gestrichen werden. Betroffen sind zwölf Bereiche, darunter eben auch Volks-, Mittel- und Berufsschulen. Die grosszügigen Steuergeschenke der letzten Jahre holen den Kanton nun ein. Trotzdem scheint eine sozial verträgliche Korrektur des Budgets über Mehreinnahmen im bürgerlichen Kanton Zürich tabu. Die ideologische Strategie funktioniert. Zuerst wird auf der Einnahmeseite das Wasser abgegraben (Unternehmenssteuerreform II lässt grüssen), um damit einen Qualitätsabbau zu rechtfertigen. Bereits jetzt schnüren Bund, Kantone und Gemeinden Abbaupaket um Abbaupaket, weil mit einer unsolidarischen Steuerpolitik zugunsten der Reichsten und der Grossunternehmen Löcher in den öffentlichen Kassen produziert wurden. Allein der Bund baut in den nächsten drei Jahren eine halbe Milliarde bei der Bildung ab.

Es braucht ein starkes Zeichen von uns allen!

Wer kann das Steuer herumreissen, wer kann dieser Sparschweinerei ein Ende setzen? Aus den Parlamenten ist kein vernünftiges Umdenken zu erwarten, die bürgerlichen Mehrheiten sind erdrückend. Es braucht ein starkes Zeichen aller SchülerInnen, Studierenden und Lehrpersonen – gemeinsam mit dem VPOD. Uns verbindet die Empörung über die Ignoranz der Rappenzähler, uns verbindet die Erfahrung von Bildung bei der täglichen Arbeit und das Wissen darüber, wie notwendig und wertvoll sie für eine menschliche Gesellschaft ist. Wir alle werden aufgefordert sein, ein chancengleiches und demokratisches Bildungssystem auf der Strasse einzufordern. Womöglich früher als wir denken. ■

Text: **Fabio Höhener**, Gewerkschaftssekretär des VPOD Zürich Lehrberufe.

Ein Tag im Unterricht von

Hans Bernet und Rahel Glaus



Mit einer kurzen Bewegung aus dem Handgelenk deutet Hans Bernet mit dem Finger Richtung Decke und bereits erheben sich die 20 SchülerInnen der 3. Sek A im Schulhaus Watt. Stehend hinter ihren Bänken werden organisatorische Fragen geklärt, bevor der Geschichtsunterricht beginnt. Hans Bernet, seit rund 35 Jahren Lehrer in Illnau-Effretikon, führt souverän und engagiert durch den Unterricht. Der Einstieg mit einer Karikatur, welche Christoph Blocher mit einem Prügel in der Hand bedrohlich neben der Justitia zeigt, gelingt: «Das Gericht soll Angeklagte nur nach ihrem Vergehen verurteilen und nicht anhand ihrer Nationalität», meint eine Schülerin. Problemlos wird der Bogen von der Durchsetzungsinitiative zur Geschichte gespannt: «Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit», kommt die Losung der französischen Revolution von einem Schüler wie aus der Kanone geschossen. Hans moderiert und gibt nötigenfalls Hilfestellung, wenn bestimmte Wörter aus einem Text nicht verstanden werden. Begriffe wie Personenfreizügigkeit, Bagatelldelikt oder Verhältnismässigkeit werden von den MitschülerInnen gemeinsam erarbeitet. Eine Schülerin mit einer F-Bewilligung (vorläufig aufgenommen) erklärt ihren KollegInnen in fehlerfreiem Deutsch und erstaunlich präzise die verschiedene Ausweise und ihre Bedeutung. Es ist beeindruckend, was Hans gemeinsam mit seinen SchülerInnen in einer Lektion alles erarbeitet.

In der Schule Watt ist ein Drittel des Kollegiums im VPOD organisiert, auch dank Hans Bernet. Seit letzten Herbst ist auch Rahel Glaus VPOD-Mitglied und hochmotiviert: «Ich wollte einem Verband beitreten, der sich lautstark in der Bildungspolitik engagiert und nicht allzu konform ist», sagt Rahel. Die Klassenlehrperson der 1. Sek A ist seit vier Jahren an der Schule Watt und begeistert – besonders vom Kollegium und den SchülerInnen. Zudem schätzt sie die selbstbestimmte und demokratische Schulhauskultur. Dies ist nicht zuletzt auch der Schulleiterin geschuldet, welche hinter dem Team steht. ■

Text und Bild: **Fabio Höhener**

Hans Bernet

Ob als Lehrer oder aktiver Gewerkschafter: Hans Bernet steckt mit seinem Engagement und Enthusiasmus die SchülerInnen und KollegInnen an.

Ab sofort findet ihr in jeder Ausgabe der Pflichtlektion an dieser Stelle einen Blick in den Unterricht unserer VPOD-Mitglieder. Ob Waldkindergarten, Gymnasium oder DaZ-Unterricht, falls du uns für eine Lektion die Türen öffnen willst, melde dich bei:

fabio.hoehener@vpod-zh.ch

Ja zur Lohndumping-Initiative

Lohndumping ist im Kanton Zürich zum Alltag geworden. Verlieren tun bei dieser Entwicklung auf längere Sicht alle: die korrekten Firmen, welche die Aufträge verlieren, genauso wie die Arbeitnehmenden, die den zunehmenden Lohndruck spüren und um ihre Jobs bangen. Deshalb unterstützt der VPOD die Lohndumpinginitiative, über die am 28. Februar 2016 abgestimmt wird.

Beschwerde eingereicht

Nachdem die Zürcher Kantonsregierung nicht bereit ist, eine Lohndiskriminierung der Lehrpersonen auf der Kindergartenstufe zu erkennen, wurden nun die nächsten rechtlichen Schritte vorbereitet. Der VPOD hat gemeinsam mit den Berufsverbänden VKZ und ZLV eine Beschwerde gegen den Regierungsratsbeschluss beim Verwaltungsgericht eingereicht. Bereits der Ausgang der Schlichtungsverhandlungen im vergangenen März deutete darauf hin, dass der Kanton bereit ist, einen langwierigen Rechtsstreit in Kauf zu nehmen. Auch jetzt hat es der Kanton verpasst, die Lohndiskriminierung ernsthaft zu prüfen und die Löhne der Kindergartenlehrpersonen anzupassen. In diesem Sinne halten die Kindergartenlehrpersonen daran fest, dass eine Lohndiskriminierung nach Gleichstellungsgesetz feststellbar ist. (vgl. S. 25)

Protest gegen BVK

Bereits unzählige Schulen und andere Betriebe sind dem Aufruf des VPOD gefolgt und haben ein Protestschreiben

gegen den Rentenabbau an den BVK-Stiftungsrat gesendet. Das ist grossartig! Auf unserem Protestticker werden alle Ereignisse zu den Protesten laufend dokumentiert. Ist deine Schule bereits aufgeführt? Falls nicht, kannst du immer noch einen Brief mit möglichst vielen Unterschriften (sowohl Arbeitnehmende als auch Arbeitgeber) an die BVK schicken und dem VPOD eine Kopie zukommen lassen. Auf www.bvk-petition.ch stellen wir eine Vorlage zur Verfügung.



Sparwut gegen das Personal

Der Regierungsrat hatte für das kantonale Personal noch eine Nullrunde vorgesehen. Der bürgerlich dominierten Finanzkommission des Kantonsrates ging selbst das noch nicht weit genug. Sie beantragte, weitere 18,5 Millionen Franken auf Kosten des Personals zu streichen, obwohl das vorgesehene Budget bereits mit einem Einnahmenüberschuss abschloss. Auf Kosten des Personals wird dieser Überschuss nun auf 68,8 Millionen Franken erhöht. Konkret wurden auf Antrag der FiKo die vom Regierungsrat vorgesehenen 0,6 Prozent der Lohnsumme für «individuel-

28. Februar 2016

KANTON ZÜRICH

Für die öffentliche Bildung (Bildungsinitiative) **JA**

Durchsetzung der minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen (Lohndumping-Initiative) **JA**

EIDGENÖSSISCH

Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative) **NEIN**

Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG, Sanierung Gotthard-Strassentunnel) **NEIN**

Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe **NEIN**

Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln! **JA**

KOMMUNAL

Auslagerung Stadtwerke Wetzikon **NEIN**

le, leistungsbezogene Lohnerhöhungen» aus Rotationsgewinnen auf 0,4 gekürzt und die 0,3 Prozent der Lohnsumme für «Einmalzulagen» wurden ganz weggestrichen. SVP, FDP, GLP, CVP und EDU beweisen damit einmal mehr, wie wenig Wertschätzung sie dem Personal entgegenbringen. ■

Agenda

Abstimmungssonntag

28. Februar

Tagung «Tagesschulen – starke Schulen, starke Kinder, starkes Team»

4. März

9:30-17:00 Uhr

PH Bern

Infos und Online-Anmeldung:

www.bildung-betreuung.ch

GV Sektion Lehrberufe

5. März

14 Uhr

VPOD-Sekretariat,
Birmensdorferstr. 67, 5. Stock,
Zürich

Internationaler Frauentag

8. März

Bildungsprogramm VPOD: TISA, TTIP, CETA, ISDS: Mit neuen Handelsverträgen auf dem Weg zur Diktatur der Multis?

25. April

9:30-17:00 Uhr

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.vpod-zh.ch, **Redaktion:** Ursula Näf, Fabio Höhener, **Layout und Druck:** ROPRESS, 8048 Zürich, **Nr. 1 / Februar 2016:** erscheint fünf Mal jährlich, 1. Jahrgang, Auflage: 4000